Nr. 2 | 24. April 2020

FDP
Die Liberalen

9. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Baselland

BASELBIETER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Im Fokus: Corona

«Einer für alle – alle für einen»

Die Schweiz durchlebt schwierige Wochen, und schwierige Monate stehen uns noch bevor. Mehr denn je ist jetzt die FDP gefordert. Die Gedanken unserer Parteipräsidentin Petra Gössi zur Corona-Krise.

Seiten 10 und 11

So erleben unsere Bundesräte Corona

In der Corona-Krise stehen auch unsere freisinnigen Bundesräte an vorderster Front. Im Interview erzählen Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis, wie sie damit persönlich umgehen und in welchen Bereichen sie nun ganz besonders gefordert sind.

Seite 12

Vorwärtsstrategie ist alternativlos

Die Auswirkungen des Coronavirus auf die Schweiz sind schwerwiegend. Die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft sind immens. Fraktionspräsident Beat Walti zeigt auf, was es jetzt braucht, damit die Schweiz möglichst schnell aus der Krise findet.

Seite 14

Kommen Sie an den FDP-Wandertag!

Seite 24

Rasch helfen und Planungssicherheit

Editorial

Unnötige Wellen schlug unser Antrag der FDP-Fraktion, dass sich der Landrat bei den an der Sondersitzung vom 2. April zu verabschiedenden Notverordnungen für die Wirtschaft kurz hielt. Ziel des Antrags: In Krisenzeiten sollte auch seitens des Parlaments rasches und gezieltes Handeln im Fokus stehen, nicht Selbstprofilierung einzelner Parlamentarier. Vor allem nicht bei einem Geschäft, das wir in der vorberatenden Kommission mit 12 Ja- zu 0 Nein-Stimmen über alle Parteien hinweg unterstützten.

Die FDP verlangte bereits am 12. März Überbrückungsmassnahmen und Risikominimierung für unser Gewerbe und unsere KMU. Seit jedoch der Regierungsrat die Notwendigkeit erkannt hat, nehmen wir die Rolle der engen und durchaus kritischen Begleiter ein, ohne viel Aufhebens zu machen. Unzählige Unternehmerinnen und Unternehmer und Selbstständigerwerbende warten auf rasche Hilfe. Diese galt es nun im Landrat zu besprechen.

Was ist im Notstand angemessen?

Aber ist es angemessen, dass wir im Landrat für ein unbestrittenes Hilfspaket, auf das die Betroffenen dringend warten, zwei Stunden Diskussion benötigen? Ist es zielgerichtet, dass bei einem derart wichtigen Geschäft unzählige weitere, politisch

Saskia Schenker, Präsidentin FDP Baselland

bereits erledigte oder sich schon in Bearbeitung befindende Ideen von einzelnen Landrätinnen und Landräten eingebracht werden? Ist es nötig, dass Parlamentarier dem Regierungsrat öffentlichkeitswirksam Fragen stellen, deren Antworten sie eigentlich in der Kommunikation des Bundesrats und des Regierungsrats nachlesen können? Das wollten wir als FDP vermeiden. Wir dachten, es ist

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

3–9 Baselbieter Freisinn

10/11 Petra Gössi zu Corona

12 Unsere Bundesräte in der Corona-Krise

13 Ein wissenschaftliches Netzwerk für Krisenlagen

14 Die Vorwärtsstrategie ist alternativlos

15 Corona trifft Start-ups hart

16 Erste gesundheitspolitische Lehren aus Corona

17 Digitaler Stammtisch

18 Abstimmungen: Kündigungsinitiative

19 Mentoring: Alain Bai zum Rahmenabkommen

20 Freisinnige im Portrait: Pflege und Corona

21 Umweltpolitik: FDP hält Versprechen

22 Update zur Renteninitiative

23 Homeoffice: Auch nach Corona eine Option

Kantonalteil:
Redaktion Baselbieter Freisinn
FDP Baselland | 4410 Liestal
E: info@fdp-bl.ch | www.fdp-bl.ch

Entschlossen und besonnen

Jetzt handeln, aber schon an morgen denken

Liebe Freisinnige

Die Schweiz, wir alle, ist mit der grössten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Die wegen Corona getroffenen Massnahmen bedeuten einen gewaltigen Einschnitt in unser Leben, unsere Freiheit, unser Einkommen. Doch sie sind richtig – denn man muss den drohenden Kollaps des Gesundheitssystems verhindern.

Nun müssen wir zusammenstehen. Das gibt uns die Gelegenheit, zu beweisen, dass die Schweiz ihren Gemeinsinn und ihren Willen gerade auch in Krisenzeiten bewahrt. Insbesondere möchte ich allen Menschen herzlich Danke sagen, die unter Einsatz der eigenen Gesundheit dafür kämpfen, Menschenleben zu retten und unser Land am Laufen zu halten. Ihr seid Helden, die Schweiz ist stolz auf euch!

Langfristige Strategie ist gefragt

Ich schreibe diese Zeilen Anfang April, damit wir diese Ausgabe des «Freisinns» rechtzeitig in den Druck geben können. Wenn Sie dies lesen, ist die Situation vielleicht schon wieder eine andere. Sicher ist aber: Die aktuellen und die kommenden wirtschaftlichen Herausforderungen sind immens!

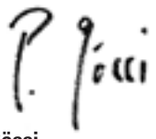
Unzählige Arbeitsplätze und Existenzen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Es droht nicht nur der Kollaps des Gesundheitswesens, sondern auch der gesamten Wirtschaft. Darum haben wir den Bundesrat in einem offenen Brief zum Handeln aufgefordert. Die getroffenen Massnahmen sind richtig und wichtig – aber sie sind kurzfristig. Bereits im letzten August haben wir eine langfristige Vorwärtsstrategie vorgelegt. Genau das ist es, was wir brauchen, um die Wirtschaft wieder in die Gänge zu bekommen.

Mensch im Fokus

Wir alle müssen in der nächsten Zeit mit einer erheblichen Ungewissheit leben. Dies ist nicht die Zeit der Eigeninteressen, sondern des Zusammenhalts. Es ist nicht die Zeit von unbedachten oder populistischen Forderungen, sondern des Anpackens. Wir Freisinnige werden Verantwortung übernehmen, wie wir das schon immer getan haben. Handeln wir entschlossen, aber auch besonnen – immer mit dem Menschen im Fokus.

Natürlich liegt unser Schwerpunkt in diesem «Freisinn» auf dem Coronavirus. Wir befassen uns aber nicht nur mit der Krise selbst, sondern suchen auch Auswege aus der Krise. Und bei allem Leid: Womöglich bietet uns die Pandemie auch wichtige Erkenntnisse und sogar Chancen.

So oder so: Wir alle werden unglaublich froh sein, das Leben und die Freiheit dereinst wieder richtig geniessen zu können. Vorfreude ist bekanntlich die schönste Freude – und so möchte ich Sie schon jetzt herzlich einladen, das Leben und den Gemeinsinn am nationalen Wandertag der FDP am 29. August im Berner Oberland gemeinsam mit mir zu feiern. – Bleiben Sie gesund. Gemeinsam kommen wir weiter!



Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Interne Wahlen 2020

Aus der Parteileitung

Wie oft sagte ich in den letzten Monaten: «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen.» Dies gilt auch für die FDP Baselland. Jeweils im Frühjahr nach den nationalen Wahlen finden die parteiinternen Wahlen für die Parteiorgane statt. So wurden auch dieses Jahr am Parteitag vom 12. März 2020 die internen Wahlen durchgeführt. Für mich als Geschäftsführerin sind diese Wahlen äusserst wichtig. Nicht weil sie darüber entscheiden, wer meine Vorgesetzten werden, sie sind vielmehr zentral für die politische Arbeit und richtungsweisend für das Doppelwahljahr 2023. Das wichtige interne Gremium Parteirat beschliesst mit seinen Mitgliedern u. a. die Stellungnahmen zu kantonalen Vernehmlassungen und den politischen Kurs der Partei. Dies ist Basisarbeit der Politik und für das Weiterkommen der Partei von grosser Bedeutung. Die eidgenössischen Delegierten setzen sich auf nationaler Ebene für den Baselbieter Freisinn ein und tragen so unsere Anliegen in die nationale Politik. Die Kontrollstelle und die Rekurskommission arbeiten im Hintergrund, ihre Arbeit ist für eine Partei unerlässlich.

Seit dem 5. Dezember 2018 ist Saskia Schenker meine direkte Vorgesetzte, die dann am 10. April 2019 offiziell ins Amt der Parteipräsidentin gewählt wurde. Mit ihr und Jörg Felix, dem «CFO» unserer Partei, arbeite ich als Geschäftsführerin am engsten zusammen. Es freut mich sehr, dass beide sich nochmals für eine Amtsperiode zur Verfügung gestellt haben. Diese Kontinuität ist auch für die Arbeit auf der Geschäftsstelle sehr hilfreich. Weiter wurden die bisherigen Parteileitungsmitglieder Stephan Hohl, Marianne Hollinger, Matthias Mundwiler, Naomi Reichlin und Marc Schinzel wiedergewählt. Die Parteileitung ist bereits ein eingespieltes Team und jeder von ihnen bringt einen eigenen Erfahrungsschatz und eine ganz eigene Persönlichkeit mit sich – genau dies macht die Arbeit mit der Parteileitung so spannend und inhaltlich interessant. An der darauffolgenden Parteileitungssitzung wurden Naomi Reichlin als Vizepräsidentin und ich als Geschäftsführerin in unseren Ämtern bestätigt. Für mich ist die Arbeit als Geschäftsführerin mehr als ein Job; es ist für mich die Möglichkeit, einen Beitrag für den Freisinn zu leisten. Deshalb freue ich mich sehr über die Wiederwahl und auf die weitere Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern der FDP Baselland.

Gina Zehnder, Geschäftsführerin

Gina Zehnder, Geschäftsführerin

Unsere Mitglieder des Parteirates:
1. Kathrin Gürtler, Allschwil
2. Andreas Linder, Allschwil
3. Dominik Fricker, Arboldswil
4. Marco Derungs, Arlesheim
5. Johann Hofer, Bad Bellingen
6. Beat E. Walther, Binningen
7. Christoph Gehr, Ettingen
8. Kurt Greiner, Liestal
9. Rudolf Mohler, Oberwil
10. Max Hippenmeyer, Pratteln
11. René G. Kessler, Pratteln
12. Suzanne Imholz-Heiniger, Sissach
13. Sibylle von Heydebrand, Arlesheim
14. Brigitte Treyer, Arlesheim
15. Daniel Setz, Binningen

Unsere eidgenössischen Delegierten:
1. Stephan Kux, Arlesheim
2. Dieter Bolliger, Ettingen
3. Paul Aenishänslin, Gelterkinden
4. Cristian Schreibmüller, Liestal
5. Alain Bai, Muttenz
6. Sebastian Binggeli, Oberwil
7. Stefan Steinemann, Oberwil
8. Andreas Eugster-Rahm, Oberwil
9. Andreas Seiler, Pratteln
10. Otto Rudin, Reinach
11. Isabelle Dürr, Reinach
12. Naomi Reichlin, Liestal

Sowie unsere Ersatzdelegierten:
1. Kurt Züllig, Ettingen
2. Brigitte Vogel, Aesch
3. Peter Graham Lancashire, Bottmingen
4. Katja Iseli, Muttenz
5. Lucio Sansano, Reinach
6. Björn Fankhauser, Itingen

Unsere Mitglieder der Kontrollstelle:
1. Urs Müller, Frenkendorf
2. Philipp Hammel, Reinach
3. Martin Dettwiler, Seltisberg

Unsere Mitglieder der Rekurskommission:
1. Christine Boldi, Basel
2. Cornelia Friedli-Schuler, Oberwil
3. Max Rechsteiner, Sissach
4. Anette Meyer Lopez, Oberwil
5. Peter Tobler, Reinach

Fortsetzung von Seite 1

einem Landrat in einer Notlage würdig, zusammenzuhalten, Geschäfte mit der nötigen Seriosität zu prüfen und ohne viel Aufhebens unseren Job als Parlamentarier zu machen. Wir beantragten deshalb, dass jede Fraktion das unbestrittene Geschäft (wenn nötig auch kritisch) würdigt, ihre Anliegen einbringt, wir dem Regierungsrat danken und das Geschäft wie erwartet einstimmig und mit grossem Applaus verabschieden. Nicht mehr und nicht weniger. Leider sahen das die linken Parteien anders.

Unaufgeregt und zielgerichtet weiterarbeiten

Wir stehen weiterhin fast täglich mit Betroffenen und mit unseren bürgerlichen Regierungsräten, mit unserer Nationalrätin und der FDP Schweiz in Kontakt, informieren uns über die Massnahmen des Bundesrats, anderer Kantone und über nächste wichtige Schritte. Und natürlich stellen wir kritische Fragen, denken mit und überlegen uns, was das Beste für unseren Kanton und die Betroffenen ist. Frühzeitig forderten wir von den Exekutiven auch klare Kriterien für die Exit-Strategie und Planungssicherheit für die Unternehmen. Seitens der FDP arbeiten wir so weiter: vorausschauend, zielgerichtet und unaufgeregt.

Saskia Schenker
Landrätin, Präsidentin FDP Baselland

Wahlen 2020

Wir gratulieren unseren gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten

Am 9. Februar 2020 wurden die kommunalen Exekutiven neu besetzt.
Wir gratulieren allen Gewählten und wünschen ihnen (weiterhin) viel Freude und Erfolg für die kommenden vier Amtsjahre!

Aesch

Stephan Hohl

Stephan Preiswerk

Aesch

Brigitte Vogel

Allschwil

Nicole Nüssli

Robert Vogt

Arboldswil

Daniel Ballmer

Arlesheim

Markus Eigenmann

Pascal Leumann

Brigitte Treyer

Bennwil

Markus Gerig

Binningen

Eva Maria Bonetti

Mike Keller

Daniel Nyffenegger

Birsfelden

Christof Hiltmann

Bottmingen

Christian Caderas

Mélanie Krapp

Brislach

Reto Borer

Pascal Jeger

Liliane Keller

Hannes Niklaus

Bubendorf

Matthias Mundwiler

Elisabeth Ruff Rudin

Buckten

Remy Gröflin

Ettingen

Michael Bächli

Frenkendorf

Roger Gradl

Ruth Janzi

Füllinsdorf

Catherine Müller

Jürg Schärer

Silvia Tschudin

Gelterkinden

Stefan Degen

Gelterkinden

Manuela
Schällibaum

Laufen

Pascal
Bolliger

Simon
Felix

Thomas
Locher

Liestal

Daniel
Spinnler

Münchenstein

David
Meier

Muttenz

Alain
Bai

Muttenz

Doris
Rutishauser

Oberdorf

Christine
Kamber

Oberwil

Regula
Messerli

Karl
Schenk-Hügin

Ormalingen

Käthy
Zimmermann

Pfeffingen

Susanne
Schindler

Sven
Stohler

Pratteln

Stephan
Burgunder

Stephan
Loew

Reinach

Melchior
Buchs

Ferdinand
Pulver

Röschenz

Jörg
Felix

Seltisberg

Stephan
Hersberger

Therwil

René
Saner

Therwil

Dora
Weissberg

Thürnen

Fredy
Hofer

Pino
Pellolio

Fadil
Salkic

Wahlen

Michel
Kneuss

Marcel
Neyerlin

Waldenburg

Andrea
Kaufmann

Wintersingen

Hansruedi
Müller

Wir gratulieren den gewählten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten: Allschwil: Andreas Bärtsch, Roman Hintermeister Goop, Astrid Kaiser, Nico Jonasch, Martin Münch, Urs Prozvil. **Binningen:** Stephan Felix Meyer, Peter Frauchiger, Nora Frey, Petretta Fünfschilling, Thomas Häfele Racin, Sven Inäbnit, Christoph Daniel Maier-Rumpf, Peter Sala, Marc Schinzel, Daniel Setz, Daniel Zimmermann. **Liestal:** Peter Bürgin, Thomas Eugster, Werner Fischer, Richard Gafner, Bruno Imsand, Dominic Odermatt, Reto Pusterla, Daniela Reichenstein, Daniel Schwörer. **Pratteln:** Urs Baumann, Stephan Bregy, Alex Flück, Silvia Lerch-Schneider, Andreas Seiler, Thomas Sollberger, Dietrich Stohler. **Reinach:** Thierry Bloch, Jörg Burger, Irène Kury, Sven Leisi, Paul Meier, Lucio Sansano, Fabia Spiess, Ines Zuccoline.

Wir gratulieren den gewählten Mitgliedern der Gemeindekommission: Aesch: Sabrina Franz, Martin Glatz, Dominik Häring, Barbara Koellreuter. **Arlesheim:** Oliver Ehinger, Johannes Felchlin, Tanja Hauck, Kathrin Meffert, Balz Stückelberger. **Bottmingen:** Lucian Dürring, Beat Flury, Andreas Frieden, Alexander Rath, Ursillo Samer. **Birsfelden:** Pascal Donati, Nicole Hatz, Sacha Truffer. **Frenkendorf:** Roger Andris, Daniel Buser, Roy Gradl, Markus Schlageter. **Füllinsdorf:** Urs Buess, Lukas Imark, Caroline Kresta. **Münchenstein:** Sandra Guex, Markus Reich. **Muttenz:** Daniel Schneider, Sarah Schneider, Martin Thurnheer. **Oberwil:** Felix López-Meyer, Dominique Olah-Roth, Stefan Steinemann, Andreja Weber-Kägi. **Sissach:** Svenja Pichler, Thomas Schwab. **Therwil:** Reto Baumgartner, Manuel Heitz, Tycho Leifels.

Mit Weitsicht und Entschiedenheit

Die Zeit nach Corona

Die Corona-Pandemie beherrscht seit bald zwei Monaten das öffentliche und das private Leben. Die Baselbieter Regierung hat in dieser Krisensituation rasch und entschieden gehandelt und geeignete Massnahmen ergriffen – sowohl zum unmittelbaren Schutz der Bevölkerung als auch für ihr künftiges Wohlergehen.

Am 13. März 2020 ergriff der Bundesrat mit dem schweizweiten Verbot des regulären Unterrichts an den Schulen die bis zu jenem Zeitpunkt wohl symbolträchtigste Massnahme zur Bekämpfung des Coronavirus. Schlagartig verstärkte sich in der Bevölkerung das Bewusstsein für den Ernst der Situation. Zwei Tage später ging das Baselbiet der Deutschschweiz voraus und erklärte die Notlage, um die weitere Zunahme von Covid-19-Erkrankungen einzudämmen: Restaurants, Kinos, Kleiderläden – kurzum alle physischen Geschäfte, die nicht der Grundversorgung dienen – wurden geschlossen, Vereinsaktivitäten eingestellt. Ich bin überzeugt davon, dass unter anderem diese unpopuläre, aber notwendige Entscheidung des Regierungsrats dem Bund den Weg für die Ausrufung der ausserordentlichen Lage im ganzen Land ebnete.

Seit Beginn der Corona-Krise arbeiten Regierungsrat und Verwaltung auf Hochtouren, um die Baselbieter Bevölkerung mit der gebotenen Entschiedenheit und Weitsicht durch die besonderen Herausforderungen dieser speziellen Zeit zu führen. Vor jeder Einschränkung des gesellschaftlichen Lebens oder der Wirtschaft werden deren mittel- und langfristige Auswirkungen sorgfältig abgewogen und im Bedarfsfall mit Massnahmen abgefedert. Das Tempo des politischen Prozesses ist zurzeit rasant, die Sitzungskadenz hoch – von der Analyse von Problemstellungen über die Verabschiedung von austarierten Lösungen durch den Regierungsrat bis hin zu deren Umsetzung durch die entsprechenden Dienststellen vergehen teilweise nur wenige Tage.

Als Vorsteherin der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD) darf ich auf den grossen Einsatz und die Flexibilität meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ganz besonders auf die Professionalität und tatkräftige Unterstützung meines Führungsteams zählen. Ob an der Rheinstrasse in Liestal oder im Homeoffice: Ich erlebe täglich, wie alle benötigten Ressourcen und Kompetenzen gebündelt werden, um auch in der Krise die Grundlagen für fundierte und nachhaltige Exekutiventscheide zu schaffen.

Besonders eindrücklich lässt sich dies anhand der folgenden Beispiele illustrieren: Keine zwei Wochen nach der erfolgreichen Umstellung der Baselbieter Schulen auf Fernunterricht – im Übrigen ein beeindruckender kommunikativer und organisatorischer Kraftakt aller Beteiligten! – beschloss der Regierungsrat, unsere in engem Austausch mit den Lehrerverbänden und den Schulleitungen erarbeitete Anpassung der kantonalen Laufbahnverordnung, um Promotionen und Übertritte unter den besonderen Umständen zu regeln. Im Kultur- und im Sportbereich wurde der Umgang mit getroffenen Förderentscheiden für wegen Corona abgesagten oder verschobenen Veranstaltungen bereits am Tag nach der Verkündigung der ausserordentlichen Lage durch den Bundesrat geklärt und damit finanzielle Planungssicherheit geschaffen.

Die Massnahmen gegen die weitere Ausbreitung von Covid-19 sind einschneidend und haben gravierende Auswirkungen auf weite Teile unserer regionalen Unternehmen, auf deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf Selbstständigerwerbende – und damit auf die gesamte Baselbieter Bevölkerung. Mit Blick in die Zukunft investierte der Kanton deshalb rasch und unbürokratisch in die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft: Die vom Regierungsrat beschlossenen Soforthilfen, zinslose Überbrückungskredite und Beiträge an Betriebe für Lernende, sind eine wichtige Ergänzung zum Unterstützungspaket des Bundes.

Aufgrund der Dringlichkeit vieler Problemstellungen ist deren Regelung per Notverordnung unumgänglich – würde der gewohnte politische Prozess abgewartet, kämen die Entscheide für viele Baselbieterinnen und Baselbieter zu spät. Der Regierungsrat setzt dieses Mittel jedoch mit äusserster Zurückhaltung ein: Dass der Landrat an seiner historischen Sitzung in Basel die Notverordnungen u.a. zur Stützung der regionalen Wirtschaft einstimmig gutgeheissen hat, ist sehr erfreulich.

Die Corona-Krise ist eine Bewährungsprobe für uns alle – in menschlicher, beruflicher und wirtschaftlicher Hinsicht. Ich bin aber überzeugt, dass wir deren Folgen durch das entschiedene Handeln und die weitsichtige Planung des Regierungsrats mildern können. In dieser besonderen Zeit habe ich die Baselbieterinnen und Baselbieter als verständnisvoll, diszipliniert und solidarisch erlebt. Dafür danke ich Ihnen von Herzen: auf dass wir stärker und geeinter aus der ausserordentlichen Lage herauskommen!

Monica Gschwind
Regierungsrätin
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

FDP kämpft für Gewerbe und KMU

Corona-Krise

Andreas Dürr, Fraktionspräsident

Die Fragen, Forderungen, Massnahmen, Zahlen und Entwicklungen in Zeiten der Corona-Krise überschlagen sich täglich, ja fast stündlich. Was gestern noch neu war, ist morgen schon überholt. Und immer wird bisher Unvorstellbares zur Realität. Unter diesen Prämissen ist es fast unmöglich, einen aktuellen Blick in der Form eines Artikels für eine Zeitung zu schreiben, die nach gesamtschweizerischer Koordination in ein paar Tagen/Wochen erscheinen soll. Ich versuche es trotzdem und bitte um entsprechende Nachsicht, wenn ich an dieser Stelle einen Rückblick mache und nur vorsichtig einen Blick in die Zukunft richte, der wohl beim Lesen auch schon längst überholt sein wird.

Noch ganz zu Beginn der Corona-Krise, der Bundesrat hatte erst seine erste Covid-19-Verordnung vom 28. Februar 2020 in Kraft gesetzt (Stichwort Fasnachtsverbot), war der FDP Baselland sofort klar, dass die Corona-Krise das Gewerbe und die KMU ganz besonders hart treffen wird. Schon am 12. März 2020, das heisst noch vor der einschneidenden Covid-19 VO 2 des Bundesrates vom 13./16. März 2020, forderte die FDP Baselland in einer dringlichen Motion den Regierungsrat auf, proaktiv und unter Hochdruck Baselbiet-spezifische Massnahmen zu definieren, mit welchen Unternehmen, die wegen des Coronavirus in Notstand kommen, unbürokratisch und rasch mit Überbrückungsmassnahmen geholfen werden kann. Wir schlugen zudem eine Task-Force vor, die rasche Einzelfall-Entscheide und die Einhaltung von ordnungspolitischen Grundsätzen sicherstellen sollte. Wir legten Wert darauf, dass nicht einfach nur auf den Bund gewartet werden dürfe, sondern auf unseren Kanton zugeschnittene Entlastungsmassnahmen zu definieren seien, die allen Baselbieter Unternehmen helfen, die schwierige Zeit besser zu überstehen. Uns war klar, dass das immer wieder gelobte Instrument der Kurzarbeit nicht ausreichen wird und dass zahlreiche Branchen durch die Maschen fallen werden. Hier war rasche Hilfe angesagt.

Bekanntlich fand die Landratssitzung vom 19. März 2020 nicht statt. Damit konnten wir den angekündigten dringlichen Vorstoss nicht frühzeitig einreichen. Dass wir dennoch mit unseren Anliegen für die KMU und das Gewerbe Gehör gefunden haben, zeigte sich aber an dem kurz darauf vom Regierungsrat BL beschlossenen Massnahmenpaket zur Unterstützung der Wirtschaft in Corona-Zeiten. Diese beiden BL-Notverordnungen, welche zwischenzeitlich vom Landrat an seiner Sitzung vom 2. April 2020 einstimmig genehmigt wurden, gehen in die richtige Richtung. Allerdings fallen immer noch wichtige Wirtschaftsteilnehmer unverschuldet durch die Maschen (z. B. Selbstständigerwerbende und nur indirekt Betroffene der Corona-Massnahmen).

Inzwischen liegt der Lead der Corona-Massnahmen beim Bund. Die Kantone wollen grundsätzlich einen Flickenteppich an Massnahmen vermeiden. Das ist sicher gut so. Seitens der FDP gilt es nun aber, das Auge ganz besonders auf den Vollzug der getroffenen Massnahmen zu richten. Und hier liegt noch viel im Argen! Anträge auf Kurzarbeit und Soforthilfe dauern noch viel zu lange. Auch unverständlich, dass der Kanton alles selber machen will. Die besten Programme nützen nämlich nichts, wenn der Betroffene die Hilfe aus administrativen Gründen zu spät oder gar nicht erhält.

Was vor lauter Corona-Notverordnungen auch nicht vergessen werden darf, sind gewisse ordnungspolitische Grundsätze. Wir müssen aufpassen, dass wir vor lauter Ruf nach dem Staat nicht direkt in eine staatliche Planwirtschaft abgleiten. Hier gilt es, die strikte Balance zu finden zwischen echter Nothilfe und bequemer Staatsfürsorge anstelle unternehmerischer Eigenverantwortung. Eine schwierige, aber gleichwohl notwendige Aufgabe, die auch schnell einmal unpopulär sein kann. Aber wir dürfen nie vergessen, dass ganz am Schluss jemand die Zeche bezahlen muss. Und gefühlt sind das wieder die Gleichen, die auch schon vorher alles bezahlten: die Wirtschaft, die Unternehmen und die arbeitsamen Erwerbstätigen.

So ist es denn auch wichtig, schon jetzt an die Zeit nach Corona zu denken. Der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft ist dringend eine Perspektive zu geben. Aus diesem Grund forderte die FDP in einer schriftlichen Anfrage vom 2. April 2020 den Regierungsrat auf, zu definieren, welche Kriterien aus seiner Sicht erfüllt sein müssen, damit die aktuell getroffenen stark in die Grundrechte eingreifenden Massnahmen gelockert werden können. Und wir fragten, ob der Regierungsrat eine zeitnahe stufenweise Exit-Strategie plane und, wenn ja, wie diese aussehe. Die Antwort steht im Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen noch aus. Offensichtlich ist aber, dass es gerade in Zeiten wie diesen eine starke FDP braucht, einen Freisinn, der sich für das notleidende Gewerbe und die KMU kompromisslos einsetzt, dabei aber die Grundsätze der freien Marktwirtschaft nicht vergisst.

Andreas Dürr, Fraktionspräsident FDP BL

Wussten Sie, …

… dass sich die Fraktion der FDP Baselland seit 2014 für eine Reduktion des **Verzugszinses** einsetzt? Bereits bei der Erhöhung des Verzugszinses von 5 auf 6 Prozent für das Jahr 2015 reichte Marianne Hollinger eine Motion gegen diese Erhöhung ein. Im Jahr 2020 liegt der Verzugszins nach wie vor bei 6 Prozent. Der Baselbieter Verzugszins ist sowohl im Kantonsvergleich als auch verglichen mit dem Bund fast doppelt so hoch. Wer die Steuern nicht zahlen kann, wird durch den Verzugszins noch mehr belastet – der Verzugszins ist ein weiterer Fehlbetrag im nächsten Jahr. Aus diesem Grund reichte die Fraktion der FDP BL am 2. April 2020 die Motion **«Stopp mit dem Verzugszins von 6 Prozent»** ein. Wir bleiben dran!

Politische Arbeit im Corona-Modus!

News aus Bern

Die Einschränkungen unseres Alltags sind gravierend. Das gilt auch für die politische Arbeit. Wer hätte es für möglich gehalten, dass eine Session der eidgenössischen Räte abgebrochen und die Volksvertreter nach Hause geschickt werden?

Als Parlamentarier arbeiten wir weiter, so gut es geht. Wir lernen jeden Tag dazu. Arrangieren uns. Wir sind und bleiben eine direkte Demokratie, Corona hin oder her. Unsere Verantwortung ist es, auch unter diesen Bedingungen die Politik zu gestalten. In Notlagen ist immer zuerst die Exekutive, also Bundesrat und Verwaltung, gefordert. Aber: Das Parlament muss seine Kontrolle gegenüber den exekutiven Behörden wahrnehmen können. Anfang Mai wird nun deshalb richtigerweise die ohnehin geplante Sondersession stattfinden – im BEA-Messezentrum, damit wir die Auflagen des BAG einhalten können. Damit kann auch das Bundesparlament seinen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten und seine verfassungsmässigen Aufgaben wahrnehmen. Ich werde mich zudem einsetzen, dass bald wieder Kommissionssitzungen stattfinden, damit Gesetzgebungsprojekte und andere wichtige Arbeiten, die im Moment blockiert sind, weitergeführt werden. Unser demokratisches System hat den erklärten Willen, sich keine Blockade zu leisten – wir bieten diesem Virus die Stirn. Das Zusammenspiel zwischen den staatstragenden Gewalten muss auch in Krisenzeiten funktionieren.

KMU-Wirtschaft erhalten

Sobald sich die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise abzeichneten, stand ich praktisch ununterbrochen im Kontakt mit den Menschen im Kanton und mit der KMU-Wirtschaft. Es herrschen Existenzängste. Vor allem Besitzer kleinerer Läden und Selbstständige bangen um ihre Zukunft. Als SGV-Vizepräsidentin bin ich auch mit dem Seco und anderen Bundesstellen im Kontakt auf der Suche nach tragfähigen Massnahmen und kann meine Erkenntnisse und die Anliegen einbringen. Laufend finden intensive Gespräche mit der Geschäftsstelle des SGV statt. In dieser zuweilen sehr hektischen Phase bin ich dankbar, dass ich auf ein inzwischen grosses und verlässliches Beziehungsnetz zurückgreifen kann, das ich mir in meiner bisherigen politischen Arbeit aufbauen konnte. Ich bin dankbar, dass ich damit konkret helfen kann.

Mein Beziehungsnetz hat schon oft dazu beigetragen, dass Arbeitsplätze erhalten werden konnten, dass Projekte vorangetrieben, bürokratische Hürden überwunden oder dass Fehlentwicklungen vermieden werden konnten. Ich bin auch intensiv daran, zu diskutieren, welche Rahmenbedingungen nun angepasst werden müssen, dass trotz Corona-Krise die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Menschen im Land und der KMU schon bald wieder voll genutzt werden kann, auch unter schwierigen Bedingungen. Wir werden einen Weg finden. Da bin ich mir sicher. Wir haben schon ganz anderes überstanden.

Es braucht einheitliche und unbürokratische Regeln

Ich bin überzeugt, dass die inzwischen vom Bund und von den Kantonen geschnürten Hilfspakete für die ärgste Not helfen werden, um den wirtschaftlichen Kollaps zu verhindern oder immerhin zu entspannen. Man mag ordnungspolitisch über Details streiten, und es wird auch Nachbesserungen geben müssen – so besteht zum Beispiel eine Ungleichheit bei den Entschädigungen der Betriebsinhaber und Selbstständigen, gewisse Berufsgruppen, die nicht durch Notrecht zur Betriebsschliessung gezwungen wurden, fallen bei den Entschädigungen durch die Maschen, so z. B. Physiotherapeuten, Reisebüros u.v.m. Dessen bin ich mir bewusst, und ich finde es stossend. Aber gerade deshalb müssen wir neue Wege finden.

Auch die Versicherungen sollten ihre restriktive Praxis der Epidemieversicherung dringend überdenken. Etwas mehr Solidarität wäre auch hier vonnöten. Jeder und jede soll einen Beitrag leisten – entlang der Möglichkeiten. Wir sind alle in der Krise, wir stecken gemeinsam drin und müssen gemeinsam hindurch. Ich habe kein Verständnis für Egoismen und ideologische Geplänkel. Insgesamt sind alle bislang getroffenen Massnahmen notwendig. Ob sie genügen, wissen wir heute noch nicht. Vieles hängt davon ab, wie lange die praktische Stilllegung des öffentlichen und damit auch weitgehend des wirtschaftlichen Lebens, dieses sogenannten Lockdowns, dauern wird. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir ein Regulativ haben, das mit solchen Situationen umgehen kann. Wir müssen unsere Wirtschaft so aufstellen, dass wir solche Situationen durchstehen. Wesentlich scheint mir zu sein, dass die Liquidität unserer Unternehmen sichergestellt bzw. überbrückt wird, dass landesweit, soweit möglich, einheitliche Regelungen herrschen und dass die Verfahren unkompliziert und unbürokratisch sind. Das ist insbesondere bei den Überbrückungskrediten gut gelungen.

Und dies ist wichtig: Ohne eine gute Haushaltspolitik und ohne Schuldenbremse wären wir heute nicht in der Lage, rasch Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Reduktion der Unternehmenssteuern, die Pflege des Standorts, die Sorgfalt mit dem Budget – all dies hat sich bewährt. Denn nur deshalb haben wir jetzt die Substanz, von der wir uns durch diese Krise manövrieren können. Ich bin felsenfest überzeugt. Wir packen das gemeinsam!

Ich wünsche Ihnen alles Gute, und bleiben Sie gesund!

Daniela Schneeberger
Nationalrätin, Thürnen

Jungfreisinnige Baselland

Der neue Präsident hat das Wort

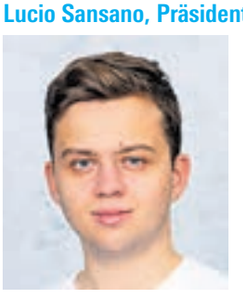
Geschätzte Freisinnige

Nach dem Rücktritt von Melvin Imhof als Präsident der Jungfreisinnigen Baselland wurde ich an unserer Generalversammlung vom 11. März 2020 zum neuen Präsidenten gewählt. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für das Vertrauen der Mitglieder und bei Melvin Imhof für sein Engagement im vergangenen Jahr bedanken. Gleichzeitig haben wir einen neuen Vorstand gewählt, mit dem wir uns in den kommenden Jahren als aktive und engagierte Baselbieter Jungpartei positionieren möchten. Wo immer möglich wollen wir mit der FDP Baselland zusammenarbeiten und uns gemeinsam für ein liberales Baselbiet einsetzen. Ich freue mich auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der FDP-Parteileitung sowie dem neuen Jungfreisinn-Vorstand.

Lucio Sansano
Präsident Jungfreisinnige BL
Einwohnerrat FDP Reinach

Der neue Vorstand der Jungfreisinnigen Baselland

Lucio Sansano, Präsident



19 Jahre, Reinach

Angehender Student Rechtswissenschaften, Universität Basel

Adrian Lipkovits, Vizepräsident

21 Jahre, Liestal

Intern-IT-Infrastruktur Management Lufthansa Group

Benjamin Rigo, Kassier

18 Jahre, Ormalingen

Gymnasiast, Gymnasium Liestal

Carole Inäbnit, Social Media & Kommunikation

21 Jahre, Binningen

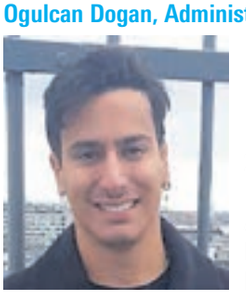
Studentin Law & Economics, HSG

Sebastian Binggeli, Abstimmungen

20 Jahre, Oberwil

Angehender Student Rechtswissenschaften, Universität Basel

Ogulcan Dogan, Administration



23 Jahre, Allschwil

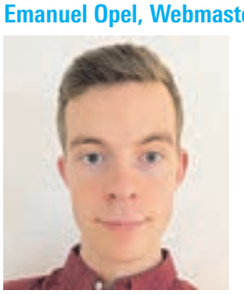
Angehender Student Betriebsökonomie, FHNW Basel

Simon Maier, Veranstaltungen

22 Jahre, Binningen

Student Wirtschafts-wissenschaften, Universität Basel

Emanuel Opel, Webmaster



21 Jahre, Sissach

Student Informatik, ETH Zürich

Lea Krähenmann, Beisitz

20 Jahre, Binningen

Assessment HSG, angehende Studentin Economics

Oliver Fischer, Beisitz

21 Jahre, Muttenz

Student Rechtswissenschaften, Universität Basel

Sie wollen mehr über uns erfahren?

www.jfbl.ch

jungfreisinnige.bl

jungfreisinnige.baselland

unus pro omnibus – omnes pro uno

Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen

Die Schweiz durchlebt schwierige Wochen, und schwierige Monate stehen uns noch bevor. Mehr denn je ist die FDP gefordert – wir übernehmen gerade in solchen Zeiten Verantwortung, leben den Gemeinsinn und sorgen für Fortschritt. Ich beleuchte im Folgenden verschiedene Aspekte der Corona-Krise.

Wir erleben momentan so denkwürdige wie schwierige Wochen. Die Schweiz, wir alle, sind mit der grössten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Der Bundesrat hat am 16. März die ausserordentliche Lage gemäss Epidemiengesetz ausgerufen, worauf das öffentliche Leben in der Schweiz grossteils heruntergefahren wurde. Geschäfte, Restaurants, Schulen mussten vorübergehend schliessen.

Das Leid und die Verunsicherung werden noch andauern. Die vom Bundesrat getroffenen Massnahmen waren und sind zwar richtig, aber sie bedeuten auch einen gewaltigen Einschnitt in unser privates Leben, in unsere Freiheit und in vielen Fällen auch in unser Einkommen. Klar ist aber auch, dass es jetzt eine Strategie braucht, wie wir aus dieser Situation wieder herauskommen.

Corona hat auch die Produktion dieser «Freisinn»-Ausgabe beeinflusst. Der Redaktionsschluss war am 8. April und entsprechend mussten die Texte in Unkenntnis der weiteren Entwicklung verfasst werden. Wir bitten Sie um Verständnis. Bleiben Sie gesund!

Existenzen stehen auf dem Spiel

Das zeigen auch die vielen Kontakte mit Menschen, die ich seit Beginn der Krise über Mail oder Telefon hatte. Zum Teil spürt man Ungläubigkeit, zum Teil Unverständnis über die Tragweite der Massnahmen, aber vor allem immer viel Verunsicherung. An erster Stelle steht die unmittelbare Sorge um die Gesundheit von Familie, Freunden und Liebsten. Aber nach und nach drängen nun auch Sorgen um die Folgen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stillstands an die Oberfläche: Wann wird das Leben wieder in «geordnete Bahnen» zurückkehren? Komme ich finanziell und wirtschaftlich über die Runden? Was mache ich mit meinen Angestellten, für die ich in all den Jahren ein fürsorglicher und fairer Chef war? Viele Menschen werden nun von existenziellen Fragen geplagt.

Wir können noch immer nicht vollständig absehen, wie sich die Situation weiterentwickeln wird. Der Bundesrat hat bisher richtig gehandelt. Er ist aber jetzt gefordert, unmissverständlich und klar aufzuzeigen, wann und wie wir unser Land wieder in eine normale Lage zurückführen können. Anfang April habe ich gefordert, dass Schulen und Geschäfte – unter zwingender Einhaltung der geltenden Hygiene- und Abstandsregeln – so bald wie möglich wieder geöffnet werden sollen. Wichtig ist auch, dass das Parlament seine Arbeit bald wieder aufnehmen kann. Trotzdem: Unsicherheit wird uns in den kommenden Monaten weiterhin begleiten. Daraus müssen und werden wir das Beste machen.

Der Mensch im Fokus

In unserer Bundesverfassung steht geschrieben: «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.» Die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft sind vom neuen Coronavirus besonders bedroht. Deshalb müssen wir alle für eine bestimmte Zeit auf viele unserer gewohnten Freiheiten verzichten, auch wenn uns dies manchmal schwerfällt. Dabei dürfen wir nie aus den Augen verlieren, dass es primär darum geht, unser Ge-

sundheitssystem vor dem Kollaps zu bewahren. Jetzt ist Gemeinsinn gefragt. Das Wohl der Schwachen steht im Vordergrund. Wir alle müssen unsere Verantwortung übernehmen, denn das sind wir unseren Mitmenschen schuldig. Nicht umsonst prangt in der Kuppel des Bundeshauses die Inschrift «unus pro omnibus – omnes pro uno» – «Einer für alle – alle für einen». Daher freut es mich besonders, zu sehen, dass überall in der Bevölkerung und gerade auch in unserer Basis grossartige und innovative Aktionen entstehen, um sich gegenseitig zu helfen. Das ist gelebter Gemeinsinn.

Verantwortung auf allen Ebenen

Die Verantwortung tragen wir aber auch auf einer anderen Ebene. Der Bundesrat hat zugesichert, dass er allen Betroffenen schnell und unbürokratisch finanzielle Hilfe zukommen lassen wird. Auch den selbstständig Erwerbstätigen und den geschäftsführenden Inhabern von Klein- und mittelgrossen Unternehmungen. Hier kann auch der Kanton eine wichtige Funktion übernehmen und gezielt Hilfe leisten, wo es trotz der Unterstützung des Bundes nötig sein wird. Und es gibt noch eine Solidarität, die mindestens so wichtig ist: Wir sollten nach Möglichkeit darauf verzichten, uns online mit Konsumartikeln aus dem Ausland einzudecken. Es lohnt sich zu warten, bis unsere Einzelhändler und regionalen Geschäfte wieder öffnen. So kann jeder Einzelne dabei helfen, diese Krise zu bewältigen.

Rasche und unbürokratische Hilfe für alle Betroffenen ist unbedingt notwendig. Glücklicherweise leben wir in einem Land, in dem wir diese Hilfe leisten können, weil genügend Geld vorhanden ist – auch deshalb, weil die Schweiz dank der freisinnigen Idee der Schuldenbremse ihre Finanzen gut im Griff hat. Das ist jetzt überlebenswichtig und sollte gleichzeitig eine Warnung an all jene sein, die sich nun für bedingungslose Grundeinkommen und andere sozialistischen Träumereien stark machen. Auch eine Warnung haben jene erhalten, welche die Armee abschaffen wollen, führt uns die Krise doch schonungslos vor Augen, wie dringend wir auf eine funktionierende Milizarmee angewiesen sein können. Auch die Abschottungsfantasien von rechtskonservativer Seite wurden entlarvt. Denn wir sehen nun ganz konkret, welche immensen Kosten geschlossene Grenzen nach sich ziehen.

Vorwärtsstrategie ist alternativlos

Klar ist: Corona wird eine wirtschaftliche Krise nach sich ziehen, die wir in diesen Dimensionen bisher nicht kannten. Um den innovativen, starken Wirtschaftsstandort Schweiz so schnell wie möglich wieder aufbauen zu können und alle Menschen wieder mit Arbeitsplätzen und besten Perspektiven auszurüsten, braucht unser Land zuerst eine Ausstiegsstrategie (siehe Box) und dann eine wirtschaftliche Vorwärtsstrategie. Bereits letzten August haben wir eine solche vorgestellt: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Digitalisierung sind konsequent zu stärken, Wettbewerbsnachteile abzuschaffen und der bilaterale Weg muss gesichert werden. Das ist kein «nice to have», sondern eine Frage der Verantwortung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern.

Die Ausstiegsstrategie der FDP, präsentiert am 15. April 2020

- **Testing** und **umfassender Schutz** von gefährdeten Gruppen
- **Effizienz und Flexibilität im Gesundheitssystem** in und nach der Krise
- **Digitalisierung** in allen Bereichen
- Der Bund nimmt in seiner Regulierung **Rücksicht** auf kantonale und regionale Gegebenheiten
- **Bewegungsfreiheit an der Grenze**
- Kinderbetreuung sicherstellen und **Schulen wiedereröffnen**
- **Geschäfte** unter Einhaltung der Hygieneregeln **wieder öffnen**
- **Massnahmen des Bundes weiterentwickeln:** Rasche finanzielle Unterstützung für Härtefälle unter den indirekt betroffenen selbstständig Erwerbenden. Missbräuche bei Krediten verhindern und prioritäre Rückführung der Hilfskredite sicherstellen.
- **Langfristige Massnahmen,** um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen: Konsequente Umsetzung der FDP-**Vorwärtsstrategie** vom August 2019. Langfristig braucht die Schweiz zudem eine vorausschauende Steuerstrategie.

Mehr Informationen auf **www.fdp.ch/coronavirus**

Jeder Einzelne gestaltet mit

Diese ausserordentliche Situation wird uns in verschiedenster Hinsicht prägen, und die Aufarbeitung wird viele wichtige Lehren bereithalten: Seitens Politik werden wir uns zum Beispiel ernsthaft mit dem Epidemiengesetz oder den Pflichtlagern auseinandersetzen müssen. Und wir haben die Digitalisierung voranzutreiben, gerade auch beim Bund. Auf individueller Ebene werden viele Menschen feststellen, dass ihnen Homeoffice eine neue Welt eröffnet, die sie zu mehr Kreativität führt. Andere werden merken, dass sie für ihr Leben einen anderen Inhalt wünschen. Und wieder andere werden dankbar sein, sich einfach in ihrem gewohnten Leben wiederzufinden. Aber eines finde ich am allerwichtigsten: Jeder Einzelne von uns gestaltet die Gemeinschaft und unser gemeinsames Leben mit. Manchmal müssen wir uns zwar Weisungen fügen, die in ihren Auswirkungen nicht immer angenehm sind. Aber wenn wir im Kleinen dafür sorgen, dass wir die Ziele erreichen, gelingt uns das auch im Grossen und in der Gemeinschaft. Das ist Leadership, das im Kleinen anfängt und im Grossen Früchte trägt. Von diesen werden wir alle profitieren können.

Petra Gössi, Küssnacht
Nationalrätin und Parteipräsidentin
FDP.Die Liberalen

Hoffentlich bald wieder Realität ohne Social Distancing: Petra Gössi im Gespräch an einem Tag der FDP.

Gemeinsam gegen die Krise

So erleben unsere Bundesräte Corona

In der Corona-Krise stehen auch unsere freisinnigen Bundesräte an vorderster Front. Im schriftlichen Interview erzählen Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis, wie sie damit persönlich umgehen und in welchen Bereichen sie nun ganz besonders gefordert sind.

Wie betreffen Sie die Einschränkungen wegen Corona persönlich?

BR Ignazio Cassis (IC): Auf der familiären Ebene gibt es spürbare Einschränkungen: Zwischenmenschliche Kontakte sind rar geworden, mit meiner Mutter darf ich nur noch telefonieren. Aber wie in jeder Krise gibt es auch positive Nebeneffekte, insbesondere auf beruflicher Ebene: Die Agenda lässt mehr Zeit für strategisches Denken, da Termine annulliert werden. Und wir sind gezwungen, kreativer und effizienter zu arbeiten. Plötzlich entdecken wir neue Organisationsmöglichkeiten.

BR Karin Keller-Sutter (KKS): Auch mein Leben hat sich sehr verändert. Meine persönlichen Kontakte habe ich auf das Nötigste eingeschränkt, und Sitzungen finden praktisch ausschliesslich über Skype statt. Es gibt eine Ausnahme: Der Bundesrat trifft sich wie üblich zu seinen Sitzungen, wobei er die BAG-Empfehlungen berücksichtigt. Die Corona-Krise beschäftigt mich und die anderen Mitglieder des Bundesrates fast rund um die Uhr. Und die Situation kann sich sehr schnell verändern: Was heute noch gewiss scheint, kann morgen schon völlig überholt sein. Das spüren wir alle im Bundesrat.

Woran arbeiten Sie zurzeit am intensivsten?

IC: Im Bundesrat arbeiten wir ständig an Lösungen für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und der Wirtschaft unseres Landes. Auch der Alltag in meinem Departement ist anders: Wir haben einen Krisenstab, rund 80 Prozent der Leute sind im Homeoffice. Viele Mitarbeitende im Ausland müssen wegen der Corona-Krise zum Teil unter noch schwierigeren Verhältnissen als üblich arbeiten. Wir setzen alles daran, um Tausende Schweizer nach Hause zu holen sowie um die nötigen Warentransporte und die Bewegungsfreiheit von Grenzgängern sicherzustellen, insbesondere in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheitssystem. Darüber hinaus pflegen wir den Kontakt mit anderen Ländern, um uns gegenseitig zu unterstützen und globale Lösungen für die Krise voranzubringen.

KKS: Mein Departement ist stark gefordert. Wir haben wichtige Entscheide wie die Grenzschliessungen vorbereitet und sind in alle rechtlichen Fragen rund um die Covid-Verordnung involviert. Zudem ist für mich als EJPD-Vorsteherin zentral, dass die Kernfunktionen der Institutionen, der Justiz, des Asylsystems aufrechterhalten bleiben. Wichtig ist für mich auch, dass wir gestützt auf Fakten und mit Augenmass über notwendige Massnahmen entscheiden. Die Einschränkungen dürfen nicht weitergehen als nötig. Dafür setze ich mich ein. Für mich als liberale Bundesrätin ist es nicht einfach, die Freiheit der Menschen so stark einzuschränken. Aber wir befinden uns in einer «ausserordentlichen Lage» und müssen die Menschen in unserem Land schützen. Der Staat, die Gesellschaft, wir alle müssen stark sein und uns auf das gemeinsame Ziel konzentrieren.

Was hat Sie in den letzten Wochen besonders berührt?

IC: Mich beeindruckt die Fähigkeit der Bevölkerung, verantwortlich und solidarisch zu reagieren. Mich berührt die interkantonale Solidarität trotz der unterschiedlichen Betroffenheit durch die Pandemie. Aber auch die kollektive Schwierigkeit, eine rationale Sicht der Krise beizubehalten und über verhältnismässige Massnahmen zu entscheiden.

KKS: Es berührt mich sehr, wie verantwortungsvoll unser Land diese Krise angeht. Ich war im Rheintal am Grenzübergang Au und habe die Firma SFS besucht. In dieser Exportregion arbeiten viele Grenzgänger. Hier sieht man ganz konkret, wie wichtig das Zusammenspiel zwischen Gesundheit, Grenzkontrollen und Arbeitsplätzen ist. Besonders nahe geht mir auch die Schliessung der vielen Geschäfte. Ich bin selbst in einem Restaurant aufgewachsen und weiss, was das für die eigene Existenz bedeutet. Die Konsequenzen für die Wirtschaft sind schon heute gravierend. Ich bin aber überzeugt, dass unser Land die Stärke hat, um die Krise zu meistern.

BR Ignazio Cassis an einer Medienkonferenz im Tessin.

Karin Keller-Sutter am Grenzübergang Au SG.

Netzwerk für Krisenlagen

Ein Vorschlag beyond Corona

In ausserordentlichen Lagen kommen plötzlich neue und grosse Herausforderungen in verschiedensten Bereichen auf uns zu – so auch bei Corona. Umso wichtiger wäre die Schaffung eines wissenschaftlichen Netzwerks, das Wissen und Know-how bündelt und Entscheidungsgrundlagen für die Behörden zur Verfügung stellen kann.

Die Corona-Krise wirft viele gesundheitsrelevante Fragen auf, gefolgt von Herausforderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Generell macht uns diese Krise bewusst, dass wir einerseits funktionierende Notorganisationen brauchen und haben, andererseits auf wissenschaftliche Erkenntnisse angewiesen sind. Hier geht es um viel mehr als um Epidemiologie, nämlich um Erkenntnisse für ausserordentlichen Lagen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Das in der Schweiz hohe Forschungsniveau mit vielen hervorragenden Institutionen hat das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zu leisten – beyond Corona.

Wissenschaftliche Task-Force

Um dieses Potenzial zu nutzen, hat der Bundesrat Ende März 2020 ein wissenschaftliches Beratungsgremium (Task-Force) eingesetzt, in welchem die ganze Hochschullandschaft mit Forscherinnen und Forschern vertreten ist. Dieses konzentriert sich primär auf die Gesundheitsaspekte rund um Covid-19. Das, was der Bundesrat zur einberufenen Task-Force zu Covid-19 erklärt, kann allgemeine Geltung für andere Krisenlagen beanspruchen (aus der Medienmitteilung vom 31. März 2020): «Die Schweizer Wissenschaftsgemeinschaft hat ein hohes Potenzial, den Ausgang dieser Krise positiv zu beeinflussen, sei es durch Forschung, Bildung oder Wissenstransfer.»

Wissenschaftliches Know-how für ausserordentliche Lagen

Je länger die Krise dauert, desto mehr kommen wirtschaftliche und soziale Frage- und Problemstellungen auf. Es sind Herausforderungen, bei welchen wir auf gesicherte Erkenntnisse, Grundlagenforschung, praxisorientierte Forschung und das Zusammenwirken von Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft angewiesen sind. Die wissenschaftlichen Fragestellungen gehen also weit über Fragen der Epidemiologie und Gesundheit hinaus – also auch insofern beyond Corona. Der Bedarf an wissenschaftlich fundiertem Know-how wurde nun durch ein Virus und die damit verbundene Krise ausgelöst. Auslöser können aber auch Naturereignisse, Kriege oder andere Katastrophen sein. Auf staatlicher Ebene wird jeweils von ausserordentlicher Lage gesprochen. Wie erwähnt, stellen sich existenzielle Fragen auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene, welche besondere Massnahmen und Verhalten erfordern.

Künftiges interdisziplinäres Netzwerk

Aus diesen Gründen braucht es gebündelte Kompetenzen und wissenschaftlich basierte Grundlagen – interdisziplinär und für alle ausserordentlichen Lagen. Diese als Entscheidungsgrundlagen für Behörden zu erarbeiten und nach Bedarf weitere Aufträge entgegenzunehmen, wäre die Aufgabe eines festen Netzwerks oder Kompetenzzentrums. Vorstellbar ist einerseits ein Grundauftrag des Staates oder einer im Zusammenwirken mit Privaten (Public Private Partnership), welcher präventiv Erkenntnisse für verschiedene ausserordentliche Lagen bereitstellt und andererseits ein erweiterter Auftrag, um je nach aktuellem Bedarf das nötige Know-how schnell und nach jeweiliger Situation schwerpunktmässig anzubieten. Unter Einbindung aller forschenden Institutionen unseres Landes wäre dieses Netzwerk oder Kompetenzzentrum nicht erst im Notfall ad hoc zu bilden, sondern es wäre eine bestehende Plattform, auf welche rechtzeitig zurückgegriffen werden kann.

Matthias Michel: «Wissenschaftlicher Austausch ist gerade in Krisenlagen wichtig.»

Matthias Michel, Ständerat, Zug

«Hier geht es um viel mehr als um Epidemiologie, nämlich um Erkenntnisse für ausserordentliche Lagen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.»

Vorwärtsstrategie ist alternativlos

Wie die Schweiz aus der Krise findet

Die Auswirkungen des Coronavirus auf die Schweiz sind schwerwiegend. Auch wenn die gesundheitlichen Risiken hoffentlich bald eingedämmt sind, warten massive längerfristige Herausforderungen auf uns: die immensen Folgen für Wirtschaft und Wohlstand. Um möglichst schnell aus der Krise zu finden, braucht die Schweiz eine konsequente Vorwärtsstrategie.

Die Folgen des Corona-Lockdown für gewisse Betriebe und die Folgen der behördlichen Einschränkungen für die Gesamtwirtschaft sind beträchtlich. Nebst Kurzarbeit und Einnahmeausfällen wird eine steigende Arbeitslosigkeit kaum zu vermeiden sein. Es ist daher dringend notwendig, dass mit der hoffentlich baldigen Lockerung der behördlichen Massnahmen Reformen umgesetzt werden, welche die Unternehmen entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Mit den Arbeitsplätzen wird so auch der Wohlstand in der Schweiz gesichert.

Bundesrat hat richtig gehandelt

Der Bundesrat hat rasch reagiert und Soforthilfen für die Wirtschaft versprochen. Die FDP hat dies begrüsst und den Bundesrat am 18. März in einem offenen Brief zu schneller und umfassender Hilfe für die Betroffenen aufgefordert und die wichtigsten Handlungsfelder markiert. Seither hat der Bundesrat richtigerweise ein umfangreiches Massnahmenpaket mit Soforthilfen gegen die Corona-Krise geschnürt, um der Wirtschaft in dieser beispiellosen Krise zu helfen. Gefordert waren schnelle, flexible und funktionierende Antworten für tausende KMU und Selbstständigerwerbende, welche in diesen Tagen vor existenziellen Problemen stehen. Die Stützungsmassnahmen entsprechen unseren Forderungen weitestgehend, namentlich bei der Sicherung der Liquidität von Unternehmen und zur Unterstützung von Selbstständigerwerbenden, ihren mitarbeitenden Familienmitgliedern, Lernenden oder Betriebsinhabern.

Die Massnahmen des Bundesrats sind insgesamt ein vertretbarer Kompromiss zwischen «unkompliziert» und «massgeschneidert». Das ist letztlich das Entscheidende – Vorrang hat in einer solchen Krise schnelle und unbürokratische Hilfe. Ein Swiss Finish, der zu spät kommt, nützt nichts.

Was kommt danach?

Die Lage ist nun weiterhin mit höchster Aufmerksamkeit zu verfolgen. Dort, wo es Probleme gibt oder Branchen zwischen Stuhl und Bank fallen, ist zu prüfen, ob nachjustiert werden muss. Im Vordergrund steht aber das Ziel, die Unsicherheit für alle möglichst bald zu beenden. Sobald es die gesundheitliche Lage erlaubt, müssen Schritte zur Normalisierung eingeleitet werden, und die Unternehmen (aller Grössen) müssen Planungssicherheit für die Zukunft erhalten.

Klar ist aber auch: Die Massnahmen des Bundesrates sind als Soforthilfe zu verstehen. Langfristig ist für die FDP entscheidend, dass der Bundesrat für die Zeit nach dieser Krise die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz pflegt und stärkt – und damit die Produktivität und Widerstandsfähigkeit der Unternehmen. Denn nur eine gesunde Wirtschaft, ein solider Finanzhaushalt und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen für normale Zeiten ermöglichen es unserer Gesellschaft, eine solche Krise erfolgreich zu meistern.

Vorwärtsstrategie für die Wirtschaft

Der Bundesrat muss sich bereits jetzt intensiv mit der langfristigen Strategie beschäftigen. Denn noch wichtiger als kurzfristige Überlebenshilfe ist, dass die Wirtschaft nach dem Rückschlag rasch wieder stark und konkurrenzfähig wird – die FDP fordert dafür entsprechende Rahmenbedingungen.

Nur mit einer gesunden Wirtschaft sind wir im Stande, auch eine nächste Krise erfolgreich zu meistern und den Wohlstand zu erhalten. Wenn das Schlimmste der Corona-Krise überstanden ist, braucht es dringend ein Fitness-Programm für

unsere Volkswirtschaft. Die von der FDP im August 2019 vorgelegte Vorwärtsstrategie für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist damit aktueller denn je (siehe nachfolgende Box) – sie erscheint aus heutiger Sicht schon fast wie eine Vorahnung auf die aktuellen Ereignisse. Es ist aber auch klar, dass es gerade in dieser aussergewöhnlichen Lage weitergehende Deregulierungen und Entlastungen für Unternehmen braucht – im Sinne einer Investition in die langfristige Prosperität unseres Landes und den Wohlstand der Bevölkerung. Zu denken ist dabei an eine Reduktion der Steuer- und Abgabelast, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts oder die zusätzliche Förderung von Forschung und Innovation. Packen wir die Chancen, die die Zukunft bietet.

Beat Walti
Nationalrat ZH und Fraktionspräsident

Das fordert die FDP in der Vorwärtsstrategie:

- **Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen** und weniger Bürokratie. Der **Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer** ist überfällig.
- Die Schweiz braucht genügend **Fachkräfte.** Wir fordern ein **Start-up-Visum** für die Techszene.
- **Liberale Rahmenbedingungen** machen die Schweiz als Standort attraktiv und stärken die Wirtschaft. **Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen** sind zu bekämpfen.
- **Der Zugang zum EU-Binnenmarkt** muss gesichert werden, gleichzeitig sind **Freihandelsabkommen** ausserhalb der EU abzuschliessen.
- Eine **langfristige Steuerstrategie** sichert die Wettbewerbsfähigkeit. Das Steuersystem muss einfach, attraktiv sowie verhältnismässig sein, und **Leistung muss sich lohnen.**
- Teilnahme an **Forschungsrahmenprojekten der EU** ist sehr wichtig für unseren **Forschungs- und Innovationsplatz.** Gleichzeitig braucht es aber auch mehr **Kooperationen ausserhalb von Europa.**
- Eine kluge **Finanzplatzregulierung** soll zwar die Risiken eliminieren, nicht aber gleich den ganzen Finanzsektor mit dazu.

Parlamentarische Gruppe für Start-ups und Unternehmertum schlägt konkrete Massnahmen vor

Corona trifft Start-ups hart

Drei Viertel der Start-ups fallen durch das Corona-Rettungsnetz und haben akute Finanzierungsschwierigkeiten. Als parlamentarische Gruppe schlagen wir dem Bundesrat vor: Wenn der Bund für die Kredite an KMUs bürgt, soll er es auch bei den Start-ups tun – etwa über eine «Public-Private-Partnership».

Bund und Kantone haben in den letzten Jahren viel Zeit und Steuergelder in ein florierendes Start-up-Ökosystem investiert. Innosuisse verantwortet die Innovationsförderung für die ganze Schweiz, Kantone haben u.a. als Trägerinnen von Technoparks den Nährboden für Innovation geschaffen, und Bildungseinrichtungen wie Universitäten und Fachhochschulen sind darum bemüht, dass immer mehr Studierende während oder nach Abschluss ihrer Ausbildung ein Unternehmen («Spin-Off») gründen sollen.

Start-ups zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine Innovation auf den Markt bringen, welche stark skalierbar ist. Meistens investieren sie ihr Kapital in den ersten Jahren in Forschung sowie Entwicklung und erwirtschaften erst später einen relevanten Umsatz. So ist ihr Fortbestehen zu Beginn nur möglich, wenn genügend Wagniskapitalgeber in ihre Idee investieren. Abhängig vom Fortschritt werden laufend neue Kapitalerhöhungen durchgeführt, was im Englischen als «Deal Flow» bezeichnet wird.

Wegfall von Start-ups schaden dem Standort

Die aktuelle Wirtschaftskrise trifft die Start-ups deshalb besonders hart. Sie sind von den bisherigen Unterstützungsmassnahmen des Bundesrates weitgehend ausgeschlossen, weil sich diese in erster Linie auf den Umsatz beziehen. Weiter werden geplante Finanzierungsrunden nicht (mehr) durchgeführt, weil sich Wagniskapitalgeber entweder ganz zurückziehen oder ihre Bemühungen auf bestehende Investitionen beschränken.

Umfragen von Venturelab und der Parlamentarischen Gruppe Start-ups und Unternehmertum – welche ich zusammen mit Judith Bellaiche (glp) präsidiere – zeigen, dass gut drei Viertel der Start-ups durch das Rettungsnetz durchfallen und akute Finanzierungsschwierigkeiten haben. An dieser Stelle kann man argumentieren, dass dies das Risiko einer solchen Investition ist und es in der Natur der Sache liegt, dass nicht jedes Start-up überleben wird. Unter normalen Bedingungen stimmt diese Argumentation. Nur ist die Situation heute eine andere, wenn der ganze «Deal Flow» nicht mehr existiert.

Wenn heute keine Start-ups mehr gegründet würden, wenn sehr erfolgversprechende Firmen mit mehreren dutzenden Mitarbeitenden von heute auf morgen kein Geld mehr hätten, dann wären die Schäden für das Ökosystem irreversibel. Diese Umstände hätten zur Konsequenz, dass in den kommenden Jahren wenige neue, innovative Firmen auf dem Markt wären, was wiederum für den Wirtschaftsstandort Schweiz schlechte Zukunftsaussichten wären.

Andri Silberschmidt: «Viele fallen durch das Rettungsnetz.»

Überbrückung für Start-up-Biotop

Deshalb muss es das Ziel sein, den «Deal Flow» so gut wie möglich aufrechtzuerhalten. Als parlamentarische Gruppe haben wir folgenden Vorschlag ausgearbeitet und dem Bundesrat vorgelegt: Wenn der Bund für die Kredite an KMUs bürgt, soll er es auch bei den Start-ups tun. Da diese Kredite im Gegensatz zu den KMUs mit mehr Risiko behaftet sind, soll die Bürgschaft verzinst und bei 85 Prozent beschränkt werden. Das Geld soll von Risikokapitalgebern kommen, wie zum Beispiel von Venture-Capital-Investoren. Diese «Public-Private-Partnership» könnte das Ökosystem und damit Milliarden an Vorleistungen durch die öffentliche Hand und Private überbrückungsweise sichern. Der Bundesrat wird das weitere Vorgehen Ende April beschliessen.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH

Vorbereitung ist Gold wert

Gesundheitspolitische Erkenntnisse zu Covid-19

Ist das Coronavirus in der Schweiz einigermassen überstanden, muss die Aufarbeitung beginnen: Was hat funktioniert, was ist zu verbessern? Das ist entscheidend, um für eine zukünftige Pandemie noch besser gerüstet zu sein. Gesundheitsexperte Frank Rühli erläutert erste gesundheitspolitische Erkenntnisse für die Zukunft.

Vieles über den Beginn und den weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie ist immer noch unbekannt, alle Aussagen zum jetzigen Zeitpunkt (Redaktionsschluss 8. April 2020) sind also mit Vorsicht zu geniessen. Sicher ist: Die Covid-19-Pandemie ist, insbesondere auch für die Schweiz, die wohl grösste gesellschaftliche Herausforderung seit Jahrzehnten. Politisch stellt sich zum Beispiel die Frage, inwieweit die subtile Balance zwischen Exekutive und Legislative, aber auch zwischen Bund und Kantonen davon beeinflusst werden wird. Daneben gilt es, auch gesundheitspolitische Erkenntnisse herauszuschälen. Diese vertieft zu analysieren, wird auch Aufgabe der Gesundheitskommission der FDP Schweiz sein.

Es braucht genügend Ressourcen

Die bisherigen Eckpunkte freisinniger Gesundheitspolitik behalten ihre Gültigkeit. Unser Gesundheitswesen ist aktuell sehr gut aufgestellt und zeigt eine beeindruckende Leistungsfähigkeit (bspw. Anzahl zusätzlich verfügbarer Intensivpflege-Plätze). Trotzdem findet in solchen Phasen des Umbruchs oft auch ein Wertewandel statt. Als Folge der Krise dürfte die Wertschätzung der medizinischen und medizinnahen Berufe in der Bevölkerung weiter ansteigen. Gesundheit ist jedermanns höchstes Gut, ein Ausspielen der Wirtschaft versus Gesundheit ist daher kurzsichtig.

Um mittelfristig gesundheitspolitisch erfolgreich zu sein, gilt es, diesen gesellschaftlichen Wertewandel auch im eigenen politischen Kanon abzubilden: Eine zukunftsgerichtete freisinnige Gesundheitspolitik sollte gelebte Solidarität, ethischen Gemeinsinn und Nachhaltigkeit umfassen. Kostensenkungen dürfen nicht Selbstzweck sein. Erst wer beispielsweise selber mal den Echteinsatz in einer Intensivstation erlebt hat, weiss, was dabei die physischen, psychischen, technischen und intellektuellen Herausforderungen sind. Es reicht nicht, Ärzten und Pflegenden als Dank zuzuklatschen, es braucht schlicht genügend finanzielle Mittel für genug (Reserve-)Personal und Infrastruktur sowie für noch resilientere Strukturen.

Schnelligkeit und Flexibilität entscheidend

Der Gesundheitsmarkt ist als ökonomisches Gemeinwohl stark reguliert und voller «Reformstau». In Notzeiten muss aber der Forschung und der Gesundheitsversorgung unbürokratisch und rasch geholfen werden können. Innovative und marktfreundliche Initiativen sind dann besonders wichtig. Flexible und pragmatische Leistungserbringer (bspw. Umnutzungen von Anlagen) und situationsgerechte Netzwerke retten Leben. Schnelles, massives Handeln ist epidemiologisch Gold wert.

Krisenvorbereitung optimieren

Das aktuelle Epidemiengesetz hat sich bewährt, das politische Krisenmanagement mehrheitlich ebenso. Der Bund hat zwar in ausserordentlichen Lagen die kurzfristige, exekutive Führung, die Kantone und

Frank Rühli

Gemeinden sind aber als Umsetzer integral einzubeziehen und wirken besonders in der wichtigen postakuten Phase einer Pandemie. Vorbereitung ist ein hohes Gut, zukünftig müssen für Krisenbewältigungen noch mehr materielle und personelle Reserven eingerechnet werden und der Ernstfall auch wirtschafts- und gesellschaftspolitisch vermehrt geplant und geübt werden. Starke Führungspersönlichkeiten sind nötig, um von der Bevölkerung Vertrauen und die nötige präventivmedizinische Disziplin einfordern zu können.

Die FDP kann in dieser einmaligen Situation zeigen, was staatstragende Verantwortung wirklich bedeutet, indem sie das zentrale Dossier Gesundheitspolitik noch stärker besetzt. Nach der Phase der operativen Hektik und des politischen Notkonsenses gilt es nun nachhaltig mitbeizutragen, dass wir für eine weitere – vielleicht noch viel schlimmere – Pandemie optimal vorbereitet sind.

Prof Dr. Dr. med. Frank Rühli
Präsident Gesundheitskommission FDP Schweiz
frank.ruehli@gmail.com

Digitale FDP-Stammtische trotz Corona

Aus Krise mach Chance!

Das Coronavirus stellt uns alle vor neue und grosse Herausforderungen. Unsere Leben haben sich verändert, Geschäfte sind geschlossen, zwischenmenschliche Kontakte werden auf das Nötigste eingeschränkt. Auch Stammtische, die einen festen Platz in der Schweizer Politkultur hatten, an denen informiert und debattiert wurden, finden wegen Corona nicht mehr statt. Hier schaffen wir mit digitalen Stammtischen Abhilfe und machen aus der Krise eine Chance.

Wegen Corona treffen sich die Leute nicht mehr, das Diskussions- und Informationsbedürfnis leidet. Doch gibt es auch Chancen. Der Schriftsteller Max Frisch sagte es so: «Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.» Er hat damit Recht. Wie in jeder Krise gibt es auch hier positive Nebeneffekte, beispielsweise auf beruflicher Ebene: Die Agenda lässt mehr Zeit für strategisches Denken, da Termine annulliert werden und an Videomeetings nur das Wichtigste diskutiert wird. Und wir sind gezwungen, kreativer und effizienter zu arbeiten. Plötzlich entdecken wir neue Organisationsmöglichkeiten. Arbeiten im Homeoffice wird selbst dort möglich, wo es noch vor wenigen Wochen undenkbar war.

Die digitalen Stammtische funktionieren gut

Alles das, was bis vor wenigen Wochen noch mit «Geht nicht!» abgestempelt wurde, funktioniert auf einmal doch, muss auf einmal funktionieren. Und auch beim Stammtischproblem haben wir mit einer intelligenten Lösung Abhilfe geschaffen. Seit Beginn des Lockdowns bietet die FDP einen unkomplizierten, menschlichen und politischen digitalen Austausch. Wir organisieren digitale Stammtische, an denen Personen miteinander politisieren können. Die Rededisziplin ist erstaunlich hoch sowie auch der Umgang mit den unterschiedlichen Argumenten sehr respektvoll, was mich als Leiterin eines solchen Stammtisches positiv überraschte.

An den digitalen Stammtischen via Zoom nehmen regelmässig Dutzende Interessierte teil.

Für mich wie auch für einige Teilnehmende war es der erste Videocall, an welchem sie teilnahmen. Doch das spielte keine Rolle, denn die Hürden waren schnell abgebaut – die momentan anspruchsvolle Situation erlaubte uns, der Digitalisierung mutig zu begegnen, wie es bis vor kurzem noch undenkbar gewesen wäre. Die vielen Sichtweisen auf die unterschiedlichsten Themen riefen mir zudem in Erinnerung, dass wir die politische Debatte mehr schätzen sollten, denn sie ist nicht selbstverständlich und ist gerade in Krisen auf dem Prüfstand. Gerne werde ich mich wieder an den digitalen Stammtisch setzen, eine Übersicht über die nächsten Stammtische finden Sie in der Agenda auf der FDP-Website.

Maja Riniker, Nationalrätin AG

Der Einsatz unserer Basis während Corona

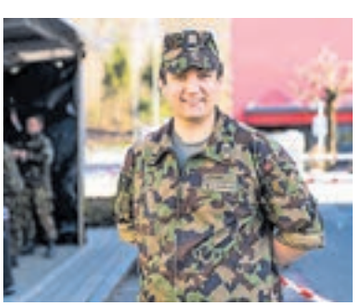
Gemeinsinn in Aktion

Viele FDP-Mitglieder und Jungfreisinnige engagieren sich in dieser schwierigen Zeit für die Gemeinschaft. Wir zeigen einige schöne Beispiele des gelebten Gemeinsinns aus unserer Basis.

Jede und jeder von uns kann in diesen schwierigen Zeiten mithelfen, damit wir als Gesellschaft die Corona-Krise möglichst gut überstehen. An erster Stelle stehen natürlich: zu Hause bleiben, Hygieneregeln befolgen und genügend Distanz zum Gegenüber einhalten. Viele unserer FDP-Mitglieder haben aber noch andere kreative Wege gefunden, um zu helfen: So haben etwa Nicole Nüssli-Kaiser und Rico Berchtold von der FDP Basel-Landschaft gemeinsam eine App für ihre Gemeinde Allschwil entwickelt, die dem lokalen Gewerbe eine Plattform und den Kunden Übersicht sowie Information bietet – eine wichtige lokale Stütze in der Krise. Viele Jungfreisinnige und FDP-Mitglieder erledigen für Risikogruppen den Einkauf. Der Lenzburger FDP-Stadtrat Andreas Schmid ist mit einem Spitalbataillon der Armee gegen Corona im Einsatz, und Nicolas Rimoldi sorgt in der Migros dafür, dass die Menschen auch in der Krise mit allem Nötigen versorgt sind. Diese Freisinnigen stehen stellvertretend für alle Menschen, die sich jetzt täglich und unter schwierigen Bedingungen für das Gemeinwohl engagieren. Das ist Gemeinsinn. Wir sind stolz auf jeden Einzelnen und sagen Danke!

Nicolas A. Rimoldi in der Migros.

Nicole Nüssli-Kaiser mit der entwickelten App.



Andreas Schmid, Kommandant der Spit Stabskp 66, im Aktivdienst gegen Corona.

Auch die FDP Lugano ist für Risikogruppen unterwegs.

Keine Experimente in diesen Zeiten

Nein zur Kündigungsinitiative

Die Wirtschaft stockt, die Schweiz steht vor einer Rezession. Wird im kommenden Herbst die Kündigungsinitiative angenommen, wird es noch schlimmer kommen. Denn die ausgezeichneten Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union würden schwer beschädigt – dauerhaft und selbstverschuldet.

Dass uns die Corona-Krise getroffen hat, ist nicht unsere Schuld. Neben der Verletzlichkeit unserer Welt zeigt uns Covid-19 aber auch, wie sehr die einzelnen Länder und ihre Volkswirtschaften miteinander verbunden sind. Da macht die Schweiz keine Ausnahme, auch wenn ihre Volkswirtschaft ausserordentlich leistungsfähig ist.

Die Schweiz lebt von zwei Faktoren: vom Aussenhandel, mit dem sie zwei von fünf Franken verdient. Dabei geht mehr als die Hälfte unserer Exporte in die Länder der EU, vor allem in die Grenzregionen zur Schweiz. Entsprechend hängt unser Wohlstand von stabilen Brücken zu unseren Nachbarn ab. Diese sichern nicht nur die Ökonomie. Sie garantieren uns auch den Zugang zu den europäischen Forschungsprogrammen, von denen ganz direkt unsere Hochschulen profitieren. Zudem ermöglichen sie uns Zugang zu Fachwissen, das in unserem Land fehlt. Grundlage für all das sind die bilateralen Verträge. Damit tragen sie wesentlich zu unserem Wohlstand bei.

«Die Kündigungsinitiative ist überaus wirtschaftsfeindlich. Man redet von Zuwanderung, zerstört aber Innovation und Vertrauen!»

Brücken werden abgerissen

Genau dieser Wohlstand steht auf dem Spiel, wenn wir im Herbst über die Begrenzungsinitiative der SVP abzustimmen haben. Denn in Tat und Wahrheit ist sie eine Kündigungsinitiative, welche die bewährten Brücken einreisst. Vordergründig verlangt sie vom Bundesrat, einen neuen Zuwanderungsvertrag auszuhandeln. Sollte innerhalb von 12 Monaten mit der EU kein Ergebnis vorliegen, muss die Personenfreizügigkeit gekündigt werden. Abgesehen davon, dass bei einer solch kurzen Verhandlungsfrist die Schweiz stark unter Druck gesetzt werden kann, zumal sie Bittstellerin ist, wird die Zeit kaum reichen, überhaupt zu einem Resultat zu kommen. Wegen der Guillotine-Klausel werden alle bilateralen Verträge hinfällig. Kurz, die Kündigungsinitiative ist absolut wirtschafts- und innovationsfeindlich.

Eine verantwortungslose Initiative

Wenn wir also die bewährten Brücken zu Handel, Forschung und Lehre einreissen, kann dies auch nicht mit intensiveren Beziehungen zu anderen Wirtschaftspartnern in anderen Weltregionen wettgemacht werden. Allein die längeren Wege bilden grosse Hindernisse, insbesondere für unsere kleineren und mittleren Betriebe. Zudem würde die Schweiz den Zugang zum Forschungsabkommen der EU verlieren und so unsere herausragende Stellung als Innovationsstandort aufs Spiel setzen. Fahrlässig und ohne Not. Und anders als bei Corona, wo der Bundesrat die drastischen Massnahmen lockern kann, wäre der Schaden nicht einfach per Dekret zu beheben. Es ist deshalb verantwortungslos von der SVP, die Schweiz zu zwingen, ein gutes Vertragswerk aufzugeben, während unsere Wirtschaft und Forschung mit vielen anderen Unsicherheiten zu kämpfen haben – insbesondere vor dem Hintergrund der Rezession, die auf uns zukommen wird. Auf dieses halsbrecherische Experiment darf sich die Schweiz nicht einlassen. Gerade jetzt müssen wir zusammenstehen, als Land, als Bevölkerung, als FDP. Reissen wir keine Brücken ab, und sagen wir Nein zur Kündigungsinitiative.

Damian Müller, Ständerat LU

Institutionelles Rahmenabkommen

Zusätzliche Zeit im Interesse der Schweiz nutzen

Mit dem seit Dezember 2018 vorliegenden sogenannten institutionellen Rahmenabkommen (InstA) soll der diskriminierungsfreie Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt sichergestellt werden. Während die EU nun wegen der Covid-19-Pandemie die Verordnung über Medizinprodukte ein Jahr später als geplant in Kraft setzen wird, verschob der Bundesrat die Volksabstimmung über die sogenannte Begrenzungsinitiative auf den Herbst. Unerwartet gewinnt die Schweiz dadurch wertvolle Zeit.

Das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ist gerade für die hiesige Exportwirtschaft von grösster Bedeutung. Neben dem Freihandelsabkommen von 1972, welches bei einer allfälligen Kündigung der Bilateralen Verträge eine wichtige Auffangfunktion übernehmen würde, sichern insbesondere die unter die Guillotine-Klausel fallenden sogenannten Bilateralen-I-Verträge den diskriminierungsfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt.

Verrechtlichung des bilateralen Verhältnisses

Mit einem InstA sollen der gegenseitige Marktzugang nun weiter vereinfacht sowie zukünftige Blockaden und Diskriminierungen verhindert werden. Dies ist grundsätzlich zu begrüssen.

Es gilt jedoch zu bedenken, dass der vorliegende Entwurf auch die rechtlichen Mechanismen der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU verändert, indem die Rechtsaktualisierung dynamisiert und ein Streitschlichtungsmechanismus geschaffen wird. Die sogenannte dynamische Rechtsübernahme schränkt unsere direkt-demokratischen und föderalistischen Rechtsetzungszuständigkeiten zwar formell nicht ein, denn wir sind grundsätzlich weiterhin frei, eine Rechtsentwicklung zu übernehmen oder nicht. Bei einer Nicht-Übernahme müssten wir allerdings – je nach Inhalt und Umfang der entsprechenden Rechtsentwicklung – entweder verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen oder die Aktivierung der – gemäss vorliegendem InstA-Entwurf weiter bestehenden – Guillotine-Klausel akzeptieren.

Durch diese grundsätzlich positive Verrechtlichung des bilateralen Verhältnisses werden bisherige Ermessens- und Verhandlungsspielräume und damit auch diskriminierende Massnahmen der EU-Kommission gegenüber der schweizerischen Europapolitik eingeschränkt. Dabei bleiben durch den Vertragstext des InstA aber wichtige Fragen offen, bei denen es in Zukunft zu Rechtsstreitigkeiten kommen könnte. Aus diesem Grund verlangt die FDP da Klärungen, wo das Rahmenabkommen noch Interpretationsspielräume offenlässt. Nur so kann die durch das InstA angestrebte Rechtssicherheit tatsächlich verwirklicht werden.

Gewonnene Zeit für Konkretisierungen nutzen

Die EU hat jüngst angekündigt, die neuen Regeln für Medizinprodukte ein Jahr später als geplant in Kraft zu setzen. Dadurch verliert sie kurzfristig ihr wichtigstes Druckmittel für einen raschen Abschluss des InstA. Zudem hat der Bundesrat die

Alain Bai

Volksabstimmung über die sogenannte Begrenzungsinitiative vom 17. Mai 2020 verschoben. Der Bundesrat sollte die gewonnene Zeit nun nutzen und entsprechende Vorschläge zur erforderlichen Konkretisierung des InstA-Entwurfs erarbeiten, die sowohl von der EU als auch in einer Volksabstimmung akzeptiert werden können.

Ziel muss es sein, die Teilnahme der Schweiz am EU-Binnenmarkt mit präzisen völkervertraglichen Mechanismen sicherzustellen. Denk- und wünschbar wäre ein gegenseitiger Notenaustausch oder Briefwechsel zwischen dem Bundesrat und der EU-Kommission über die Auslegung und Anwendung einzelner unklarer und umstrittener Bestimmungen des InstA. So könnten etwa – wie von der FDP gefordert – die integrale Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie ausgeschlossen und das schweizerische System der Sozialpartnerschaft ausdrücklich anerkannt werden.

Alain Bai, Gemeinderat Muttenz (Kanton BL)
Assistent und Doktorand an
der Juristischen Fakultät der Universität Basel

Aus Liebe zum Menschen

Moderator und Pflegefachmann

Als 16-Jähriger erreichte Sabir Semsi mit dem von ihm lancierten Projekt «Radio Sek Romanshorn 3» überregionalen Bekanntheitsgrad. Obwohl auch heute noch an verschiedenen Anlässen als Moderator im Einsatz, hat der Romanshorner beruflich einen anderen Weg gewählt. Als diplomierter Pflegefachmann HF betreut der 23-Jährige im Spital Münsterlingen auch schwer erkrankte Corona-Patienten.

Sein Interesse an den Menschen, sein Tatendrang, sein gewinnendes Auftreten und seine Kommunikationsfähigkeit zeichneten Sabir Semsi schon immer aus. Mit seinem Projekt «Radio Sek Romanshorn 3» überzeugte er den Schulleiter, beschäftigte 35 Schülerinnen und Schüler und wurde überregional bekannt. Sogar die damals amtierende Miss Schweiz Dominique Rinderknecht konnte der 16-Jährige für einen Liveauftritt gewinnen.

Den Traumberuf ergriffen

In seiner Freizeit steht Sabir Semsi gerne als Moderator im Einsatz und schreibt Kolumnen. Doch nie hat er bereut, sich beruflich für einen anderen Weg entschieden zu haben. «Für mich war lange vor der dritten Oberstufe klar, dass ich ‹Fachmann Gesundheit› werden wollte. Aus Liebe zum Menschen», betont er. Ganz bewusst habe er den Ausbildungsplatz bei der Spitex in Romanshorn angenommen. «Ich wollte Menschen aus meiner Nähe betreuen und Verantwortung übernehmen.» Angetan von seinem Beruf absolvierte er im Anschluss an seine dreijährige Berufslehre die höhere Ausbildung zum Pflegefachmann HF. Sein Diplom erhielt er freitags, seine Stelle am Spital Münsterlingen trat er am folgenden Montag an. «Ich wollte nach der Theorie schnellstmöglich praktisch arbeiten», erinnert er sich.

An schwierigen Aufgaben wachsen

Nicht zu wissen, was noch folge, aber auch die Gewissheit, dass die von ihm betreuten Corona-Patienten in einer sehr schwierigen Situation sind und in dieser für sie sehr belastenden Zeit keinerlei persönliche Kontakte pflegen können, sei auch für das Spitalpersonal keine einfache Situation. «Aber ich sehe es auch als Chance, um weiter zu wachsen», so der Romanshorner. Er spüre sehr viel Dankbarkeit, und es gebe Glücksmomente. «Als ich kürzlich einem zuvor schwer erkrankten Corona-Patienten im Abschlussgespräch die Richtlinien für die Heimisolation erklären durfte, empfand ich eine riesige Genugtuung.» Sein Fachwissen und seine Empathie für die Menschen helfen ihm. Aber auch seine Kommunikationsfähigkeit und sein gewinnendes Lachen, welche auch in seinem Hobby als Moderator wichtig sind, sind derzeit sehr wertvoll. Denn die an Covid-19 erkrankten Patientinnen und Patienten bekommen ausschliesslich Pflegende in voller Schutzmontur zu Gesicht. «Emotionen können wir nur mit unserer Stimme von uns geben.»

Fasziniert von der Politik

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind ihm wichtig. «Es ist für mich manchmal schockierend, wie wenig sich die Leute für die Dorfpolitik interessieren und wie fahrlässig mit demokratischen Rechten umgegangen wird.» Obwohl Sabir Semsi aufgrund der aktuellen Lage kaum Zeit für seinen Wahlkampf hatte, schaffte der 23-Jährige bei den Kantonsratswahlen 2020 bereits ein beachtliches Resultat. Weitere Aktivitäten in der Politik schliesst der Thurgauer nicht aus. «Wenn es mein Beruf zulässt, werde ich sicher öffentliche Aufgaben übernehmen.» Vorerst hofft das Vorstandsmitglied der FDP Romanshorn, dass die aktuelle Krise rasch und gut gemeistert werden kann und dass dem Gesundheitswesen in der Schweiz die nötige Beachtung geschenkt wird. «Wir dürfen es nicht so weit wie andere Länder kommen lassen und müssen unbedingt dafür sorgen, dass wir auch künftig genügend Personal in den Pflegeberufen haben.»

Marie-Theres Brühwiler
Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Thurgau

FDP hält Versprechen

Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik in vollem Gange

Die FDP hat im Wahljahr das Versprechen abgegeben, ihre Umwelt- und Klimapolitik zu stärken. Sie hat eine Politik bestehend aus Eigenverantwortung, Innovation und Lenkung beschlossen und dazu ein kontroverses Positionspapier verabschiedet. Gut ein Jahr nach der Lancierung dieses Prozesses kann eine erste Bilanz gezogen werden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen, und wir kommen klar zum Schluss: Die FDP hält ihr Versprechen.

Wir tragen speziell in der Klimapolitik gegenüber den nachfolgenden Generationen eine grosse Verantwortung – Nichtstun ist keine Option! Wir setzen uns darum für eine griffige, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik ein und haben unsere Leitlinien im Positionspapier vom Juni 2019 basisdemokratisch festgelegt. Das Positionspapier hat im Wahljahr viel Staub aufgewirbelt und zu kontroversen Diskussionen innerhalb und ausserhalb der FDP geführt. Dieser Diskurs war nötig, um aufzuzeigen, dass die FDP sich dieses Themas ernsthaft annimmt und auch in Zukunft eine zentrale, gestalterische Rolle in der Umwelt- und Klimapolitik einnehmen will und wird.

Gut ein Jahr nach der Lancierung dieses Prozesses ziehen wir nun eine erste Bilanz. Sie soll zeigen, was bisher erreicht wurde und ob wir als FDP unsere Versprechen eingehalten haben oder nicht.

Gezieltere Massnahmen für den Klimaschutz im CO_2-Gesetz

Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Totalrevision des CO_2-Gesetzes. Nur mit einer mehrheitsfähigen Vorlage kommen wir der Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens näher, das die Schweiz ratifiziert hat und hinter dem auch die FDP klar steht. Nachdem wir bereits im Ständerat im Herbst 2019 unsere Forderungen aus dem Positionspapier erfolgreich haben einfliessen lassen, konnten wir in der nationalrätlichen Umweltkommission (UREK-N) entscheidend darauf hinwirken, dass die Massnahmen zugunsten des Klimaschutzes weiter optimiert werden.

So sollen die Mittel aus dem Klimafonds stärker durch das Parlament kontrolliert und anhand von Effizienzkriterien gezielter eingesetzt werden, beispielsweise für die Forschung und Entwicklung insbesondere im Flugverkehr. Ebenfalls dank der FDP konnte die kurzfristig im Ständerat eingebrachte Privatflugabgabe korrigiert werden, sodass die Business-Jets gezielter in die Pflicht genommen werden. Entscheidend war die FDP in der Mehrheitsfindung bei den nationalen CO_2-Grenzwerten für den Gebäudebereich. Damit wird der föderale Aufbau stärker respektiert, ohne gleichzeitig die ambitionierten Zielwerte zu torpedieren. Zentral für den wichtigen Beitrag der Wirtschaft ist die erreichte Mehrheit zugunsten der Ausweitung der Zielvereinbarungssysteme auf alle Unternehmen. Diese Erfolge sind nur zustande gekommen, weil die FDP sich sehr aktiv in der Kommissionsarbeit eingebracht hat. Sobald der reguläre Sessionsbetrieb wieder aufgenommen wird, muss der Nationalrat diese gute Vorlage rasch verabschieden, damit wir in der Klimapolitik bis 2030 einen ambitionierten und umsetzbaren Plan haben.

Erfolgreiche Vorstösse im Parlament

Neben dem CO_2-Gesetz gibt es aber selbstverständlich noch viele weitere Brennpunkte, die in der Umwelt- und Klimapolitik angegangen werden müssen. Dazu hat sich die FDP in den vergangenen Monaten über mehrere Vorstösse im Parlament eingebracht. Und die Bilanz dieser Vorstösse spricht für sich. Von den 21 Vorstössen, die bereits behandelt wurden, wurden nur drei Vorstösse abgelehnt. Diese hohe Erfolgsquote ist nicht selbstverständlich und zeigt, dass wir mit unseren Forderungen aus dem Positionspapier mehrheitsfähige Lösungen vorgeschlagen haben, die auch einen Grossteil des Parlamentes überzeugen. So konnten wir z.B. im Bereich Natur- und Gewässerschutz zwei wichtigen Vorstössen bezüglich Littering und Schutz vor Plastikmüll zur Annahme verhelfen. Ebenfalls erfolgreich war die FDP bei der Thematik Fernwärme- und Fernkälte-Infrastruktur, um das Potenzial besser auszunutzen. Speziell erwähnenswert sind zudem sicherlich die erfolgreichen Vorstösse im Bereich Kreislaufwirtschaft. Dabei liegt der Fokus vor allem auf der Deregulierung, um das Innovationspotenzial in diesem Bereich zu nutzen. Zu guter Letzt zeigen die Vorstösse der FDP im Bereich der nachhaltigen Finanzbranche, dass auch dort viel Potenzial für mehrheitsfähige Lösungen vorhanden ist.

Susanne Vincenz-Stauffacher

Positive Bilanz

Das Ergebnis des Positionspapiers und der daraus erarbeiteten politischen Massnahmen kann sich sehen lassen. Sowohl bei den bundesrätlichen Vorlagen wie auch bei den Einzelvorstössen sind die Forderungen der FDP von Erfolg gekrönt. Sie zeigen aber vor allem eines: Die FDP hält ihr Versprechen aus dem Wahljahr 2019 ein.

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG

Update zur Renteninitiative

Anfang Juni geht die Unterschriftensammlung weiter

Wegen Corona steht vorerst auch das Sammeln von Unterschriften für die jungfreisinnige Renteninitiative still. Umso wichtiger deshalb, dass der Prozess auch mit Ihrer Unterstützung bald mit voller Kraft weitergehen kann.

Vor knapp drei Wochen hat der Bundesrat die ausserordentliche Lage ausgerufen. Seitdem steht nicht nur die Wirtschaft nahezu still. Auch sämtliche politischen Grossaktionen sind verboten worden. Namentlich bleibt es vorerst untersagt, bis Ende Mai 2020 Unterschriften für eidgenössische Volksbegehren zu sammeln. Hiervon ist auch unsere Renteninitiative betroffen. Dafür wurden aber die Sammelfristen entsprechend verlängert.

Wir bleiben motiviert am Ball

Wir Jungfreisinnige haben in den letzten Monaten vieles für unsere Initiative getan: So waren wir einerseits bemüht, weitere Gelder für unser Projekt einzuwerben – eine Initiative ist gerade in finanzieller Hinsicht ein wahrer Kraftakt. Andererseits haben wir all unsere Sektionen mobilisiert und fleissig Unterschriften gesammelt. Stand heute gehen wir davon aus, dass wir bis Ende Jahr rund 90 000 Unterschriften gesammelt haben werden.

Die Zwischenzeit bis Ende Mai 2020 nutzen wir, um die bisherigen Bemühungen Revue passieren zu lassen und den künftigen Handlungsbedarf zu skizzieren. Die Unterschriftensammlung soll nämlich am 1. Juni 2020 geradewegs weitergehen!

Ihre Unterstützung zählt

Wir sind froh, dass die FDP.Die Liberalen unsere Initiative aktiv unterstützt. Es ist an der Zeit, dass die Forderung nach einer moderaten Erhöhung des Rentenalters bzw. einer nachhaltig finanzierten AHV endlich auf die nationale Politagenda gebracht wird. Umso wichtiger ist es, dass wir alle an einem Strick ziehen und Unterschriften für die Renteninitiative sammeln!

Helfen Sie bitte mit, unsere Initiative ab dem 1. Juni 2020 tatkräftig zu unterstützen. Wir brauchen Sie! Gemeinsam können wir die nötige Anzahl Unterschriften sammeln.

Matthias Müller
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Der Einfluss der Corona-Krise auf die AHV/IV

Das Defizit der AHV wächst kontinuierlich: 2019 wurden 1,2 Mrd. Franken mehr AHV-Beiträge ausbezahlt als eingenommen. Damit ist das AHV-Umlageergebnis zum sechsten Mal in Folge negativ. Nur dank eines positiven Anlageergebnisses des AHV-Ausgleichsfonds beläuft sich das AHV-Betriebsergebnis auf (plus) 1,7 Mrd. Franken. Der Druck auf die AHV nimmt damit aber nicht ab, im Gegenteil: Nicht nur leidet die AHV unter den Einbrüchen bei der Umlagefinanzierung. Die Corona-Krise verschärft die ganze Situation zusätzlich. Auch die IV leidet darunter.

Höhere Arbeitslosenzahlen

Die Corona-Krise hinterlässt deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. So stieg die Arbeitslosenquote von 2,5 Prozent im Februar 2020 auf 2,9 Prozent im März 2020. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um rund 20 Prozent. Das trifft die AHV hart, denn aufgrund der Umlagefinanzierung stammt ein wesentlicher Teil ihrer Erträge aus den laufenden Lohnbeiträgen, die jetzt wegbrechen. Weil nun eine globale Rezession erwartet wird, ist damit zu rechnen, dass die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen wird. Die Defizite der AHV werden deshalb stärker zunehmen.

AHV-Reform

Vor diesem Hintergrund wäre eine Reform notwendig, die Zusatzeinnahmen und – bestenfalls – strukturelle Massnahmen vorsieht. In seiner Botschaft zur Stabilisierung der AHV ans Parlament schlägt der Bundesrat die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7 Prozentpunkte vor. Diese Massnahmen führten zwar zu Einsparungen. Diese fallen im Ergebnis aber nicht wirklich hoch aus, weil ein Grossteil für soziale Abfederungen gebraucht werden soll. Zudem ist aufgrund der Corona-Krise ungewiss, wann das Parlament die Vorlage beraten und darüber abstimmen kann.

IV schreibt ebenfalls rote Zahlen

Das Defizit 2019 der IV betrug 383 Mio. Franken. Nur dank der Performance an den Finanzmärkten erreichte der IV-Ausgleichsfonds ein Ergebnis von 407 Mio. Franken. Am Schluss bleibt deshalb ein IV-Betriebsergebnis von (plus) 24 Mio. Franken. Die Schulden der IV bei der AHV belaufen sich aber weiterhin auf rund 10 Mrd. Franken; viel Geld, auf das die AHV dringend angewiesen wäre. Da die IV auch umlagefinanziert ist, leidet sie wie die AHV besonders unter einem Rückgang der Lohnbeiträge.

Homeoffice

Auch nach Corona eine Option

Die Förderung von Arbeit im Homeoffice ist ein wichtiges Anliegen der FDP. Ausgerechnet wegen des Coronavirus arbeitet ein grosser Teil der Bevölkerung wochenlang von zu Hause aus – ob freiwillig oder unfreiwillig. Das könnte auch eine Chance sein.

Unbestritten: Das Coronavirus bringt viel Leid und enorme Herausforderungen mit sich. Doch in manchen Krisensituationen liegen auch Chancen. Corona zwingt uns, unseren Alltag anders zu organisieren, vermehrt digitale Mittel (z. B. Videokonferenzen) zu nutzen und bisherige Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen – so etwa, warum viele von uns im bisherigen Alltag jeden Tag zur «Rush-Hour» in den Zug stiegen, um zur Arbeit zu pendeln oder eine Sitzung abzuhalten. «Natürlich können und wollen nicht alle ihre Arbeit und ihre Termine von zu Hause aus erledigen», sagt Hans-Jakob Boesch, Präsident der FDP Kanton Zürich. «Aber diese Ausnahmesituation zeigt uns, was heute alles auf digitalem Weg gemacht werden kann. Darauf sollten wir in Zukunft aufbauen, denn es kann unser Leben klar erleichtern.»

Weniger Stau, bessere Work-Life-Balance

Auch Ständerat Damian Müller schätzt Homeoffice: «Natürlich fehlen mir die sozialen Kontakte. Aber wir können auch Positives in die Zukunft mitnehmen. Wenn wir mehr im Homeoffice arbeiten, können wir Arbeitswege einsparen und so Strassen, ÖV und Umwelt entlasten. Und wir haben mehr Zeit für Familie und Freunde.» Gina Zehnder, Geschäftsführerin der FDP Kanton Basel-Landschaft, sagt: «Neben der Arbeit für die FDP mache ich ein Doktorat und kann so flexibel einteilen, wann ich doktoriere und wann ich arbeite. Das fördert die Effizienz. So bringt Homeoffice Vorteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.» Nicht zuletzt kann Homeoffice helfen, die Balance zwischen Arbeit und Privat- bzw. Familienleben zu verbessern. In diesem Sinne bringt Corona zwar vorübergehend schmerzhafte Einschnitte in die Freiheit aller mit sich, zeigt aber auch auf, wie wir die Chancen von Fortschritt und Digitalisierung nutzen können, um die persönliche Freiheit in Zukunft noch zu steigern.

Damian Müller bei der Kommissionarbeit im Homeoffice.

«Homeoffice ist auch nach Corona eine Option», so Hans-Jakob Boesch.

Gina Zehnder kurz vor einer Videokonferenz.

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:
FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern
T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00
E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:
CH Regionalmedien AG | www.chregionalmedien.ch

Druck:
CH Media Print AG | www.chmediaprint.ch

FDP
Die Liberalen

SAVE THE DATE

Nationale FDP-Sternwanderung

Freisinniger Wandertag mit FDP-Parlamentarier und Parlamentarierinnen.

29. August 2020

Treffpunkt: Region Thun

Zwischen 08:30 Uhr und 10:00 Uhr, Beginn der Wanderung
Ab 12:00 Uhr Eröffnung des Festbetriebs
16:00 Uhr, Ende

www.fdp.ch

Durchführung des Wandertags mit Vorbehalt infolge Coronavirus-Situation.